Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 24 (1944-1945)
Heft: 6

Artikel: Die schweizerische Neutralität
Autor: Schmid, Arthur
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-335101

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kräfte innerhalb der vier Großmächte, insbesondere der kapitalistische Imperialismus, nicht doch übermächtig werden. Lippmanns Zukunftsschau hat unzweifelhaft die Logik für sich. Aber Kapitalismus und Imperialismus haben sich noch nie um Logik gekümmert. Sonst hätten wir weder den ersten noch den zweiten Weltkrieg bekommen. Daß sich die Vereinigten Staaten gegenüber dem ersten Völkerbund desinteressierten, daß Großbritannien und Frankreich die durchaus gegebenen Möglichkeiten, mit Hilfe des Völkerbundes den Frieden zu sichern, nicht benützten, vielmehr dem faschistisch-nazistischen Imperialismus direkt in die Hände arbeiteten, lag nicht in einem Mangel an vernünftiger Einsicht in die Voraussetzungen einer wirklichen Friedensordnung begründet; es hatte seine Ursache in kapitalistischen Klassen- und Machtinteressen. Und daß diese Interessen, trotz der entsetzlichen Lektion, die die Völker bekommen haben, auch nach diesem Krieg sehr stark sein, ja daß sie vielleicht versuchen werden, sich mit den gleichlaufenden Interessen der geschlagenen faschistischen Mächte zu verbünden, dafür sprechen ernste Gründe. Lippmann übersieht sie sicher nicht einfach; aber als typischer Liberaler — im bürgerlichen Sinn — unterschätzt er sie wohl gewaltig, ebenso wie er in seinem ganzen Buch die auf seiten der alliierten Mächte, namentlich Amerikas, in der Vergangenheit wirkenden imperialistischen Kräfte immer nur verhüllend und abschwächend, ja sogar naiv idealisierend erwähnt, trotzdem sie wahrlich in der Vorgeschichte des ersten wie des zweiten Weltkrieges eine entscheidende Rolle gespielt haben. Wir müssen deshalb seinen Schlußfolgerungen die wesentliche Ergänzung beifügen, daß der Zusammenhalt der «Kernallianz» der Großmächte nur gesichert sein und daraus nur dann eine föderative Friedensorganisation erwachsen wird, wenn gleichzeitig der Kampf der kapitalistischen Imperialismen durch die Zusammenarbeit der Völker im Rahmen einer solidarischen, mehr und mehr sozialistischen Weltplanwirtschaft überwunden werden wird. Der Gedanke der kollektiven Friedenssicherung wird nach dem Kriege sicher einen mächtigen Aufschwung nehmen. Er wird sich aber nur in dem Maß durchsetzen, als auch der Gedanke der kollektiven Wirtschaftsführung, der Plan- und Gemeinwirtschaft, die Völker erobert.

Die schweizerische Neutralität

Von Arthur Schmid

I.

Die Neutralität ist ein Grundsatz unserer Außenpolitik. Sie bestimmt in *weitgehendem* Maße unser Verhalten zu andern Staaten, insbesondere in *Kriegszeiten*.

Die Neutralität gilt nur für den Staat. Seine Politik im Verkehr mit andern Staaten muß Rücksicht auf diesen Grundsatz nehmen. Der einzelne Staatsbürger hat selbstverständlich seine freie Meinung. Nie kann die Neutralität die *Gesinnung* der Staatsbürger bestimmen. Jeder Schwei-

zer hat ein ganz bestimmtes Urteil über das, was sich in der Welt ereignet. Er wird als freiheitlich gesinnter Mann mit allen jenen, die für die *Freiheit* kämpfen, sympathisieren. Er wird sich für die *Menschlichkeit* einsetzen nud die Unmenschlichkeit brandmarken. Er hat sein ganz bestimmtes Urteil über das Wirken der Regierung irgendeines Staates. Er versucht, sich Klarheit zu verschaffen über alles das, was die Mächtigen eines Großstaates wollen.

Aber die Schweiz als *Staat* ist neutral. Sie mischt sich nicht in die Verhältnisse anderer Staaten, in ihre Differenzen und kriegerischen Auseinandersetzungen, ein. Sie will mit fremden Händeln nichts zu tun haben. Die Schweiz schließt *keine Bündnisse* mit andern Staaten. Sie unterstützt diese nicht in ihren Kriegshandlungen.

Die schweizerische Neutralität ist eine *bewaffnete Neutralität.* Das heißt, wir brauchen zu ihrer Aufrechterhaltung ein Heer. Bei uns handelt es sich nicht um ein Berufs-, sondern um ein Volksheer. Dieses Heer muß dem Grundsatz der Neutralität, besonders in Kriegszeiten, dienen. Es ist dazu berufen, unsere Grenzen zu schützen und zu schirmen und jeden Übergriff fremder Truppen abzuwehren. Wer unser Land angreift, muß damit rechnen, daß die schweizerische Armee sich gegen ihn wendet.

II.

Die schweizerische Neutralität ist einer der *wichtigsten* Grundsätze unserer Außenpolitik. Sie hat sich im Laufe der Jahrhunderte als eine *Notwendigkeit* erwiesen. In den ersten Jahrhunderten des Bestehens einer freien und unabhängigen Schweiz fanden fortwährend kriegerische Auseinandersetzungen statt.

Die Eidgenossen mußten sich für ihre Freiheit gegenüber dem Hause Habsburg, aber auch gegenüber Burgund und dem Deutschen Reiche zur Wehre setzen. Sie konnten nur bestehen, indem sie erfolgreiche Kriege führten, um das Land in seiner Existenz zu sichern. Im Verlaufe dieser Freiheitskämpfe bildeten die Eidgenossen ein kriegstüchtiges und erfolgreiches Heer aus. Je stärker und erfolgreicher das Heer war, um so größer war die Versuchung, mit andern Staaten zusammen kriegerische Auseinandersetzungen in Europa zu führen. Einzelne der alten Orte schlossen Bündnisse und Abkommen mit fremden Mächten. Sie stellten ihnen Truppen zur Verfügung. So kämpften Schweizer fast in ganz Europa. Ja, es standen Schweizer gegen Schweizer im Felde. Denken wir nur an Novarra.

Die italienischen Feldzüge hatten deutlich gezeigt, daß es nicht im Interesse unseres Staates liege, diese Kriegs- und Bündnispolitik weiterzuführen. Es setzte sich nach der Schlacht von Marignano (1515) die Einsicht je länger je mehr durch, die schon Bruder Klaus im Jahre 1481 in Stans ausgesprochen hatte, daß wir uns *nicht in fremde Händel* mischen sollen, daß wir also neutral bleiben müssen.

Die neutrale Haltung der Eidgenossenschaft sicherte unserem Volke während des Dreißigjährigen Krieges (1618—1648) den Frieden.

Die *innern* Verhältnisse aber entwickelten sich in der Schweiz je länger je mehr in dem Sinne, daß eine Minderheit, die wirtschaftlich und

politisch mächtig war, über die Mehrheit regierte. Es gab in der alten Eidgenossenschaft nicht nur freie und gleichberechtigte Orte, sondern auch Untertanenländer und Landvogteien. Es gab Patrizier, mächtige Zunftherren und arme Bauern.

Diese innern Gegensätze führten zum *Zusammenbruch* von 1798 und damit zum ruhmlosen Untergang der alten Eidgenossenschaft. Dem Einbruch der Franzosen folgte eine Besetzung unseres Landes durch fremde Truppen. Die Schweiz wurde zum Kriegsschauplatz und mehr oder weniger zum Vasallenstaat.

Der Grundsatz der Neutralität war aber nicht vergessen. Auf dem Wiener Kongreß von 1814/15 wurde er von den Großmächten anerkannt.

Für die Schweiz, die zwischen mächtigen Großstaaten liegt, die die Alpenübergänge in ihrem Besitze hat, erwies sich die Neutralität je länger je mehr als eine unerläßliche Lebensnotwendigkeit.

Deshalb wurde die Neutralität im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts militärisch verteidigt. Es fanden Mobilisationen statt, dann, wenn der Krieg um unser Land tobte. Das war 1870/71 so und 1914—1918. Seit dem Ausbruch des neuen Weltkrieges im Jahre 1939 ist unser Heer ständig mobilisiert. Die Ausgaben, die uns durch die bewaffnete Neutralität verursacht werden, sind groß. Aber dafür ist unser Land bisher unabhängig und frei geblieben. Dem Schweizervolk wurde der Friede gesichert. Wir sind von einem der furchtbarsten Kriege aller Zeiten bisher verschont geblieben.

III.

So hat es sich im Laufe der Jahrhunderte und der verflossenen Jahrzehnte erwiesen, daß die schweizerische Neutralität für unser Volk von *unschätzbarem* Werte ist. Gerade weil unser Land im Laufe der Jahrhunderte vom Kriege fast vollständig verschont blieb, konnte es sich dem *Aufbau* widmen und die *Lebenshaltung* der Bevölkerung und die *Existenzverhältnisse* verbessern. Es zeigte damit vor aller Welt, daß der Friede im Interesse der Kulturentwicklung liegt. Der Krieg zerstört nicht nur, sondern er macht die Völker arm und elend und verdammt sie oft dazu, wieder von vorn anzufangen.

Selbstverständlich haben in Kriegszeiten die Kriegführenden, die einen Kampf auf Leben und Tod, um Sein oder Nichtsein führen, für die Neutralität eines kleinen Landes kein großes Verständnis. Sie betrachten einen neutralen Staat als abseits der Entwicklung stehend.

Viele sehen in ihm oft ein Hindernis für gewisse Pläne, die sie hegen. Sie glauben, daß ein neutraler Staat Geschäfte machen kann und von der Kriegssituation wesentlich profitiert. Sie glauben, daß sich ein neutrales Volk einer Aufgabe entziehe, die andere Völker lösen müssen.

Niemand wird einem Volk, das auf Leben und Tod um seine Existenz kämpft, zum Vorwurf machen, daß es keine Zeit hat, sich um die Verhältnisse eines neutralen Staates zu bekümmern und seiner Haltung gerecht zu werden. Aber das heißt noch lange nicht, daß wir uns der Neutralität schämen müßten und daß wir sie nicht in Wort und Schrift verteidigen sollten, und daß wir nicht versuchen, andern Völkern klar zu

machen, daß auch in Kriegszeiten es das Ideal des Friedens immer noch gibt und daß es keine Schande ist, dem Kriege fern zu bleiben, wenn es um die Erhaltung der Freiheiten, der Existenz und der Kulturarbeit eines kleinen Volkes geht.

Jedes Volk wird auf *seine* Weise einen Beitrag zur allgemeinen Kulturentwicklung beizusteuern versuchen. Freie und unabhängige Völker werden gerade, weil sie frei sind und weil sie eine eigene Initiative entfalten, einen weitaus größern Beitrag an die Entwicklung der Menschheit geben können, als wenn sie Untertanen eines andern großen Volkes wären.

Es ist am Anfang des Krieges darüber diskutiert worden, ob nicht alle kleinen, damals neutralen Staaten miteinander in den Krieg eingreifen sollten, um ihn zu beendigen. Diese Diskussion war theoretisch und wirklichkeitsfern. Sie war theoretisch, weil die Interessen der einzelnen kleinen Staaten je nach Lage und Umgebung, aber auch nach staatspolitischen Zielen ganz verschiedenartig sind.

Die Frage war wirklichkeitsfern, weil doch niemand in den Krieg hinein, weil keiner den Frieden preisgeben wollte, ohne Garantien zu haben, daß er mit seinem Beitrag den Krieg beenden und der Freiheit zum Durchbruch verhelfen könnte. Nirgends waren Garantien, die einem friedliebenden Volke die Unabhängigkeit und Freiheit in der Zukunft und der Welt den Frieden gesichert hätten. Der Völkerbund hatte versagt. Die «kollektive Sicherheit» hatte sich als ein Wunschtraum erwiesen. Der Friede der Welt kann eben nicht an Konferenztischen aufgebaut und durch Maßnahmen, die von irgendwelchen Zentren der Erde ausgehen, gesichert werden. Der Friede wird nur Wirklichkeit werden, wenn die Völker bereit sind, in erster Linie für das *eigene* Land den Frieden zu sichern und den Kriegstreibern in einem Zeitpunkte lange vor dem Kriege das Handwerk zu legen. Dafür aber gab es keine internationale Organisation. Es fehlte den Völkern und den Regierenden auch die Einsicht, in dieser Richtung etwas zu tun.

So war es selbstverständlich, daß die Diskussion im Jahre 1939, die da und dort geführt wurde und die darauf hinzielte, alle Staaten mit einemmal in den Krieg hineinzuführen, um diesen zu beenden, keinen Eindruck machte und bei den meisten Menschen von heute schon in Vergessenheit geraten ist.

Das Schweizervolk hat sich der Verteidigung des Friedens und seiner Neutralität nicht zu schämen. Es ist trotzdem durch das Kriegsgeschehen in der Welt mitbetroffen worden. Die Teuerung und vielleicht gar bald die Arbeitslosigkeit sind Folgen des Krieges. Die Schweiz wird am Ende des Krieges eine Schuldenlast von annähernd *10 Milliarden Franken* haben, die irgendwie abgetragen werden muß. Die Steuern sind bei uns gewachsen. Die Lebenshaltung ist im großen und ganzen schlechter geworden. Die Schweiz hat, so weit es in ihren Kräften lag, Flüchtlingen und Hilfesuchenden Asyl gewährt. Daß in Einzelfällen nicht alles so gegangen ist, wie wir Sozialisten es wünschen, und daß man einzelne Flüchtlinge, die ein Asyl verdient hätten, zurückwies, ändert an der Gesamthaltung des Landes nichts.

Die Schweiz hat ihre Neutralität *allen* Staaten gegenüber aufrecht erhalten. Sie hat das in ihrem *ureigenen* Interesse getan. Deshalb hat sie sich gegen die *Blockade* und die *Gegenblockade* gewehrt. Sie macht Anspruch darauf, als selbständiger Staat behandelt zu werden. Sie nimmt selbstverständlich keine Weisungen des Auslandes entgegen, und sie ist bereit, auch in der Zukunft ihre Freiheit und Unabhängigkeit auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete zu verteidigen und zu wahren.

IV.

Kleine Staaten sind in einer schwierigeren Lage, besonders in unruhigen und kriegerischen Zeiten, als große Staaten. Wenn es ihnen nicht gelingt, dem Kriegsgeschehen fern zu bleiben, dann kommen sie in die *Abhängigkeit* irgendeines großen Staates oder einer Staatengruppe. Wer als kleiner Staat ein Bündnis mit einem großen Staat schließt, kann *keine eigene* Außenpolitik und vielleicht gar bald keine eigene Innenpolitik mehr führen. Rumänien und Bulgarien sind Beispiele dafür. Aber es gibt auch viele andere. Sie liegen auf beiden Seiten der um die Entscheidung kämpfenden Großmachtsgruppen.

Besetzte Kleinstaaten müssen sich jenen, die sie besetzt haben, unterordnen. Der Wille des Volkes eines besetzten Landes hat keine Geltung bei der Ordnung des staatlichen Geschehens. Exilregierungen sind ohne Volk und müssen auf den Tag warten, wo das besetzte Land befreit wird. Aber auch dann regiert dort in erster Linie der Befreier, der die Militärgewalt besitzt.

Das alles zeigt, daß kleine Staaten ein ursprüngliches Interesse daran haben, *nicht* in den Krieg der Großstaaten hinein zu kommen; keine Bündnisse zu schließen; sich nicht in die Abhängigkeit eines andern Staates zu begeben. Die Geschichte beweist, daß kleine Staaten als Kriegsverbündete zu Trabanten, Vasallen und schließlich zu Untertanen werden. Über ihr Schicksal wird an einem andern Orte als in ihrem Lande entschieden. Sie selber haben in der Regel wenig oder nichts mehr zu sagen.

Wir Sozialisten aber erstreben eine Weltordnung, in der auch die *kleinen Völker* ein *Lebensrecht* haben, genau so wie die großen. Der Sozialismus will ja, daß es *keine Unterdrückten und keine Unterdrücker* gibt. Er will gleiches Recht für alle, nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf politischem und staatlichem Gebiete.

Es ist eine Illusion, wenn man glaubt, dem Weltfrieden und der Menschheitsentwicklung dienen zu können, wenn man Institutionen preisgibt, die sich als Sicherung des Friedens für ein kleines Volk erwiesen haben. Deshalb kann man und darf man den Grundsatz der Neutralität nicht preisgeben. Deshalb muß man ihn verteidigen. Es ist sicher, wenn man ein kleines Volk in voller Freiheit vor die Frage stellen würde, ob es dem Kriege fern und neutral bleiben oder in den Krieg eintreten und sich fremden, vielleicht sehr schön klingenden Zielen opfern wolle, dann würde dieses Volk in seiner großen Mehrheit Nein sagen. Das ist auch natürlich und steht in keinem Widerspruch zur Sehnsucht nach der Sicherung des Weltfriedens und der Verwirklichung freiheitlicher und sozialistischer Zustände.

Wenn es den Großstaaten wirklich darum zu tun ist, den Weltfrieden zu sichern, dann werden sie den kleinen Völkern *viele Freiheiten* und eine *große Selbständigkeit* auch auf wirtschaftlichem Gebiete einräumen müssen. Sie werden das *Lebensrecht* und die *Eigenart* der kleinen Völker anerkennen und werden nicht nach Gleichschaltung und Normalisierung allen Lebens drängen, nur um die Kommandogewalt wirtschaftlich Mächtiger über die Erde zu sichern. Es muß niemand glauben, daß die Macht die Menschen nicht verderbe. Sie wird sie immer verderben. Es mag ein Machtgebilde auf noch so schönen Grundsätzen aufgebaut sein, diese werden mißachtet und nicht hochgehalten. Wenn jene, die die Macht ausüben, einmal von der Macht erfüllt sind, dann werden sie diktieren. Das gilt im staatlichen wie im wirtschaftlichen Leben.

Wir Sozialisten aber wollen die Freiheit und den Sozialismus. Wir wollen die Gleichberechtigung und die Existenzsicherung, nicht nur des Einzelnen, sondern auch der kleinen Völker. Es ist deshalb verständlich, daß man eine *föderative* Struktur der staatlichen Ordnung in der Welt anstreben muß und nicht eine zentralistische.

Sicher wird jeder Staat, ob klein oder groß, Abmachungen beipflichten, die im einzelnen einen Fortschritt bedeuten und die Möglichkeit in sich bergen, die Welt unsern Zielen und Idealen näher zu bringen. Aber dieser Aufbau beginnt mit Einzelabmachungen, mit Regelungen im kleinen. Er ist das Werk einer *langen Entwicklung*, zu der es viel *guten Willen* braucht. Dieser gute Wille aber kann nur bei freiheitlich gesinnten Menschen und bei *freien* Völkern entstehen. Bei Völkern, die unterdrückt sind, steht etwas anderes im Vordergrund: Die Sehnsucht, wieder einmal frei zu werden, ist zu groß, als daß man sich den Unterdrückern unterordnen würde. Jene aber, die kleine Völker unterdrücken, um ihre Großmachtstellung zu festigen, werden den guten Willen selten oder überhaupt nicht aufbringen, um den kleinen, von ihnen beherrschten Völkern die Freiheit wieder zu geben. In dieser Hinsicht bildet eine seltene Ausnahme die Schaffung der Südafrikanischen Union durch die Briten, die im Burenkrieg die beiden Burenstaaten besiegt und unterworfen hatten und später dazu kamen, ganz Südafrika die Freiheit wieder zu geben.

Man muß nicht glauben, daß durch das Zusammentreten von Delegierten der Regierungen oder der Völker eine Weltorganisation geschaffen werden könnte, die eine wirklich kollektive Sicherheit bietet. Wir haben deshalb auch gar keine Ursache, unsere Neutralität, die sich im Laufe der Jahrzehnte bewährt hat, preiszugeben, um irgendwelchen schönen Plänen und Illusionen nachzujagen.

Die schweizerische Neutralität ist in *ihrer* Art vielleicht etwas Einmaliges. Sie ist bedingt durch unsere günstige Lage als Alpenstaat, durch die Tatsache, daß wir von Großstaaten umgeben sind und frühzeitig erkannt haben, daß für uns ein lebenswichtiges Element des Aufbaues und der Entwicklung die Friedenssicherung auf kleinem Raume ist. Das schließt aber nicht aus, daß auch andere kleine Staaten in andern Verhältnissen versuchen, ihre Eigenart zu entwickeln und ihre Existenz zu sichern. Eine Welt, in der kleine, friedliche Staaten am Aufbau der Zu-

kunft mitarbeiten, ohne etwas von ihrer Unabhängigkeit und Freiheit preiszugeben, würde viel größere Aussichten für die Sicherung des Weltfriedens bieten als eine Welt, in der einige Große, ohne Rücksichtnahme auf das Lebensrecht der Kleinen, regieren und alles so ordnen, wie sie es für richtig halten.

Wir müssen deshalb unsere Neutralität verteidigen und hochhalten, im Bewußtsein, daß sie unserem Volk seine Eigenart, seine Existenz und seine Entwicklungsmöglichkeit garantiert und damit das Schweizervolk in die Lage versetzt, den größten ihm möglichen Beitrag für die Weiterentwicklung der Menschheit zu leisten.

Probleme der Wirtschaftspolitik der Vollbeschäftigung

Von Emil J. Walter

An der Jahresversammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft vom 23./24. Juni 1944 in Frauenfeld wurde «Das Problem der Vollbeschäftigung» durch drei Hauptreferate der Herren Professor Böhler, Professor Marbach und Professor Lorenz und anschließender Diskussion behandelt. Alle wirtschaftspolitischen Richtungen unseres Landes kamen zum Ausdruck. Bloß von der «Neuen Schweiz» wurde nicht gesprochen.

Es sind eine Reihe von Gründen, welche diese Tatsache bestimmt haben. Einmal sind jene Genossen, die sich mit volkswirtschaftlichen Problemen beschäftigen können und wollen, derart mit organisatorischer Arbeit überlastet, daß sie sich für theoretische Arbeit kaum frei machen können. Zudem fehlt immer noch eine besondere Forschungsstelle der Partei, welche die durch das Programm der «Neuen Schweiz» aufgeworfenen rechtlichen und wirtschaftspolitischen Fragen laufend zu studieren hätte. Es sei nur an die ganz vorzügliche Studie des Genossen L. Frank «Vorarbeit für die ‚Neue Schweiz'» im letztjährigen Oktoberheft der «Roten Revue» erinnert: «Unsere dringende Aufgabe ist es, die wissenschaftlichen Fundamente des aufbauenden Sozialismus' zu legen. Daß wir damit nicht mehr zu früh kommen, liegt auf der Hand. Die vorgerückte Stunde kann kein Grund sein, die Arbeit überhaupt liegen zu lassen. Entweder wir packen sie an, oder die ‚Neue Schweiz' bleibt ein schönes Programm.»

Vor allem dürfte der Optimismus, wie er an der Frauenfelder Tagung zum Beispiel von Nationalrat Eder vertreten wurde (er meinte u. a.: «Ich bin der Meinung, daß unser Land mit großen moralischen Sympathien in die Nachkriegszeit eintreten wird. Dies dürfte sich auf politischem, aber auch auf wirtschaftlichem Gebiete günstig auswirken»), und kennzeichnend war für die Haltung weiter bürgerlicher Kreise vor der russischen Absage und der amerikanischen Dusche, gerade für unsere Kreise ein Ansporn sein, sich mit größter Intensität mit den aktuellen Pro-